

Musiklehrer brauchen doch ein Hochschuldiplom

Musikschulgesetz Der Kantonsrat hat gestern einen eigenen Entscheid umgestossen.

Daniel Schneebeil

Die Zukunft der Musikschulen scheint entschieden: Der Kantonsrat hat gestern mit 124:43 Stimmen das erste Zürcher Gesetz über die Musikschulen verabschiedet. Es handelt sich um einen Gegenvorschlag zu einer Volksinitiative, die der Verband der Musikschulen einreichte. Die Initiative empfahl der Rat mit 127:38 Stimmen zur Ablehnung. Im Unterschied zum Gegenvorschlag fordert sie vor allem deutlich höhere Staatsbeiträge.

Gestern diskutierte der Rat nur noch eine Detailfrage: Welche Anforderungen müssen Musiklehrerinnen und -lehrer erfüllen? In der ersten Lesung vor einem Monat hatte der Kantonsrat auf Antrag der SVP darauf verzichtet, ein Hochschuldiplom zu verlangen. Überraschend hatten damals einige Grüne mit den Bürgerlichen gestimmt, was ein Zufallsmehr für diese ergab.

Inzwischen haben die Grünen intern eine Chropfleerete durchgeführt, und gestern stellten sie einen Rückkommensantrag. Es solle beim ursprünglichen Gesetzestext bleiben: «Die Musikschulen bieten Unterricht, der in der Regel von Lehrpersonen mit einem anerkannten Hochschuldiplom oder einer als gleichwertig geltenden Ausbildung erteilt wird.» Mit diesem Text werde die heutige bewährte Praxis festgeschrieben, sagte Karin Fehr (Grüne, Uster). «Von einer Verschärfung der Anstellungsbedingungen kann keine Rede sein.» Für die Musikschulen bestehe ein grosser Ermessensspielraum bei der Anstellung von Musiklehrern.



Wer lehren will, muss akademisch ausgebildet sein: Musikunterricht in der Enge. Foto: Dominique Meienberg

Davon war die SVP nach wie vor nicht überzeugt. Sie verlangte nun, dass wenigstens für den Einsteigerunterricht sowie den Unterricht in «traditionell schweizerischen Instrumenten» kein Hochschulabschluss gefordert werde. Gemäss Paul von Euw (SVP, Bauma) wäre diese Formulierung das «kleinere Übel». Die SVP fürchtet, dass Musikvereine auf dem Land kaum mehr Nachwuchs bekommen können, wenn es für den Musikunterricht ein Hochschuldiplom braucht. Aber die Kritik war grundsätzlicher: «Die Verakademisierung der Gesellschaft bringt

keinen Nutzen», sagte von Euw. Matthias Hauser (Hüntwangen) sprach sogar von der wahren Fratze, welche die Befürworter der Akademisierung zeigten: «Die Musiklehrer sichern sich so ihre gut bezahlten Jobs.»

Fehr wies dies zurück. Die von der SVP angeprangerte Professionalisierung habe längst stattgefunden. Mit wenigen Ausnahmen hätten die heutigen Musiklehrer ein Hochschuldiplom – auch bei den Schweizer Traditionsinstrumenten.

Am Ende blieb die SVP chancenlos, weil die Grünen diesmal geschlossen stimmten. Mit 95:77

Stimmen korrigierte der Rat den Entscheid vom letzten Mal.

Wohl kein Urnengang

Ob es eine Volksabstimmung gibt, hängt davon ab, ob die SVP das Referendum ergreift und ob der Verband der Musikschulen die Initiative zurückzieht. Gemäss SVP-Fraktionschef Martin Hübscher ist der Referendumsentscheid noch nicht gefallen. Er rechne aber eher nicht damit. Beim Musikschulverband ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass die Initiative zurückgezogen wird, wie Verbandspräsident Thomas Ineichen gestern sagte.

Gesehen & gehört

Ratschläge für Jacqueline Fehr

Dürfen Mitglieder der Regierung über eine Beschwerde gegen sie selbst entscheiden? Der Fall ist knifflig, der Ball bei der Justizdirektorin. Kreativ zeigt man sich im Kantonsrat.

Letzte Woche gab es, so hört man, Zoff im Regierungsrat. Der Grund dafür ist das Inserat, in dem **Carmen Walker Späh** (FDP), **Ernst Stocker** (SVP), **Mario Fehr** (SP), **Silvia Steiner** (CVP) und **Natalie Rickli** (SVP) für FDP-Ständeratskandidat **Ruedi Noser** werben. Die Juso haben Stimmrechtsbeschwerde eingereicht, weil die Wahlwerbung den Eindruck erwecke, dass sich der Regierungsrat als Gremium für Noser einsetze. Die Jungpartei verlangt eine Rüge für die fünf Noser-Fans. Erste Beschwerdeinstanz ist ausgerechnet der siebenköpfige Regierungsrat selbst. Und das Geschäft ging zur Vorbereitung ausgerechnet an Justizdirektorin **Jacqueline Fehr** (SP), die – aber das ist nur eine Annahme – eher zur grünen Kandidatin **Marionna Schlatter** tendiert. Dem Vernehmen nach verlangte Fehr von den fünf Kolleginnen und Kollegen, in den Ausstand zu treten. Sie seien befangen. Die Reaktion der fünf war offenbar heftig.

Und nun läuft das Kopfkino. Sollen Jacqueline Fehr und **Martin Neukom** (Grüne) allein entscheiden? Geht das überhaupt? Auch **Beatrix Frey-Eigenmann**, FDP-Fraktionschefin im Kantonsrat, hat den Film im Kopf laufen lassen: «Die Vorstellung, wie sich der Regierungsrat an einer Sitzung selber rügt, ist amüsant», sagt sie. Allerdings findet sie die ganze Angelegenheit aus drei Gründen «absurd»: erstens weil die Beschwerdeführer auch gleich das Strafmass eingeben. Zweitens sei es «lächerlich», die Regierung aufzufordern, sich selbst zu rügen. Und drittens mache gerade die Justizdirektorin zuweilen ziemlich offensiv Parteipolitik. Wer über die Beschwerde urteilen soll, weiss aber auch Frey-Eigenmann nicht. SVP-Amtskollege **Martin Hübscher** vertraut der Regierung und findet, dass diese ganz normal einen Entscheid fällen soll. «Sie wird es sicher sorgfältig tun und nicht riskieren wollen, dass ihr Entscheid

von der nächsten Instanz, dem Verwaltungsgericht, kassiert wird.»

«Die fünf Regierungsmitglieder können nicht über sich selbst urteilen», findet wiederum **Esther Guyer**, Fraktionspräsidentin der Grünen. Es brauche eine andere Lösung. Diese hat SP-Fraktionschef **Markus Späh**. Er schlägt vor, die Angelegenheit an ein Gremium des Kantonsrats zu übergeben. Infrage kämen etwa die Geschäftsleitung, die Justizkommission oder die Geschäftsprüfungskommission. «Wir sind geübt im Umgang mit Beschwerden», beteuert Späh. Eine andere Idee hat **Stefan Feldmann** (SP). Analog zu ausserkantonalen Staatsanwaltschaften, die in gewissen Fällen zum Zug kämen, müsse nun eine auswärtige Regierung ran. Etwa die Genfer mit **Pierre Maudet** (FDP): «Eher eine Deutschschweizer Regierung, dann fallen keine Übersetzungskosten an», antwortet

Feldmann diplomatisch. Affaire à suivre.

Umstritten ist auch die Grippeimpfung. Gestern durften sich die Kantonsratsmitglieder in der Pause für 30 Franken von Arzt **Josef Widler** (CVP) oder Apotheker **Lorenz Schmid** (CVP) impfen lassen. Das konnte **Urs Hans** (Grüne) nicht unkommentiert lassen. Der Landwirt wehrte sich stets gegen das Impfen seiner Kühe. Gestern sprach er von «Körperverletzung», «gravierenden Nebenwirkungen» und kritisierte die «Werbeveranstaltung für die Pharmaindustrie». Ärztin **Bettina Balmer** (FDP) replizierte, sich impfen zu lassen, sei ein «Akt der Solidarität», der schon Tausenden Menschen das Leben gerettet habe. Widler meinte, bei Tieren könne man diskutieren, da sie ihre Einwilligung nicht geben könnten. «Doch Kantonsräte sind keine Rindviecher.»

Pascal Unternährer



DEIN BIKE
IN BESTEN
HÄNDEN.

20%
auf unsere Bike-Services
(STANDARD und PRO)
vom 21.10. bis
21.12.2019

Bring dein Bike jetzt zu uns in den Service.

STANDARD-Service:	PRO-Service:
Bike: 71.- statt 89.-	Bike: 135.- statt 169.-
E-Bike: 87.- statt 109.-	E-Bike: 151.- statt 189.-

In Muri bei Bern, Pratteln, Volketswil und Winterthur.
Alle Informationen unter: bikeworld.ch/bike-services

BIKE
WORLD

SPORTXX
MIGROS